

### 3x3 Punkte zur Bewältigung der Corona-Krise

# Die Pandemie bekämpfen, Grundrechte und Wohlstand wahren

Die Corona-Pandemie hat schwerwiegende Auswirkungen auf unser Leben – auf das Leben jedes Einzelnen und auf unser Zusammenleben als Gesellschaft. Das öffentliche Leben steht weitgehend still, Schulen und Kitas stehen nur eingeschränkt zur Verfügung, es gelten Kontaktbeschränkungen, Arbeitnehmer, Unternehmen und Selbstständige bangen um ihre wirtschaftliche Existenz und viele Menschen sorgen sich um das Wohlergehen ihrer Angehörigen.

In dieser Zeit ist die Politik in Brandenburg, in Deutschland und in Europa gefordert, das in ihrer Kraft Stehende zu tun, um die Ausbreitung des Virus konsequent zu bekämpfen.

Wir Freie Demokraten wollen unser Land auch nach dieser Krise als liberale Demokratie, als freiheitlichen Rechtsstaat und als Soziale Marktwirtschaft wiedererkennen und diese Herausforderung mit demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Prinzipien und Instrumenten bewältigen.

Unsere Demokratie braucht Debatten wie die Luft zum Atmen: gerade auch um der Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen willen und um möglichst viele Ideen, Sichtweisen und Argumente entdecken und abwägen zu können. Auch Not kennt für uns ein Gebot: das rechtsstaatliche Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Nicht zuletzt werden wir ein leistungsfähiges Gesundheitssystem und vieles andere auf Dauer nur aufrechterhalten können, wenn wir auch wirtschaftlich nicht auf die Intensivstation kommen.

## Pandemie bekämpfen und Gesundheit schützen

Um die Pandemie in den Griff zu bekommen, Erkrankten bestmöglich zu helfen, Infektionen frühzeitig festzustellen und Infektionsketten nachzuverfolgen, müssen wir in Deutschland und auch in Brandenburg noch mehr tun.

### Wir fordern die brandenburgische Landesregierung dazu auf:

- alles zu tun, um schnellstmöglich eine ausreichende Versorgung mit Schutzkleidung, Schutzmasken und Desinfektionsmitteln zu erreichen. Vor allem die virenhemmenden Schutzmasken der Klassen FFP2 und FFP3 werden auch in Zukunft gebraucht. Um eine Produktion hierzulande zu erleichtern, muss die Landesregierung

sich für eine schnelle Zertifizierung einsetzen und den Unternehmen durch faire und verbindliche Verträge die notwendige Sicherheit in der Produktion geben.

- alles zu unternehmen, was zur Ausweitung der Testkapazitäten, zur schnelleren Erhebung und Übermittlung von Daten über das Infektionsgeschehen sowie um Kontakte infizierter Personen zu identifizieren und informieren notwendig ist. Freiwillige und Datenschutz sowie Datensicherheit gewährleistende technische Lösungen müssen vorangetrieben werden. Der Erfolg einer entsprechenden App hängt davon ab, dass die Menschen der Technologie vertrauen können.
- alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Nachverfolgung und Unterbrechung von Infektionsketten in Brandenburg zu gewährleisten. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung entsprechender Dokumentations- und Informationspflichten in besonders sensiblen Einrichtungen.

## Grundrechte wahren und Öffnungsperspektiven entwickeln

Das Leben und die Gesundheit der Menschen müssen mit aller Kraft geschützt werden. Dabei ist der Staat es den Bürgern schuldig nach Mitteln und Wegen zu suchen, die den geringstmöglichen Eingriff in ihre Freiheit und ihre Grundrechte bedeuten. Darum müssen pragmatische, flexible und lebensnahe Lösungen gefunden werden, wie der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger wieder größtmöglicher Raum gegeben werden kann, ohne das Infektionsrisiko signifikant zu steigern.

### Wir fordern die brandenburgische Landesregierung dazu auf:

- alle getroffenen Maßnahmen einer strengen und regelmäßigen Verhältnismäßigkeitsprüfung zu unterziehen und den Landtag über die Maßnahmen sowie das Prüfergebnis zu unterrichten. Gerade pandemiebedingte Grundrechtseingriffe müssen transparent und verständlich für die gesamte Bevölkerung auf verschiedenen Medien begründet werden. Sie müssen zeitlich befristet sein und automatisch auslaufen.
- sich in den Beratungen mit der Bundesregierung und den Ländern für eine Öffnungsperspektive einzusetzen, die sich an einem objektiven und nachvollziehbaren Kriterienkatalog orientiert, um Bürgern, Behörden, Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen eine verlässliche Orientierung zu geben. Auf Basis des Kriterienkatalogs ist ein Zeitplan für eine differenzierte Öffnungsstrategie mit einer Laufzeit von zwei Jahren vorzulegen. Entscheidungen für die differenzierte Lockerungen und Einschränkungen sind mit Blick auf den Kriterienkatalog zu treffen.
- Eine Maskenpflicht kann ein Baustein einer differenzierten Öffnungsstrategie sein und gezielt dort zur Anwendung kommen, wo sich im öffentlichen Raum unweiger-

lich Menschen begegnen. Die Möglichkeit, regional differenziert und abhängig von räumlichen Verhältnissen und Infektionsgefahr so wenig wie möglich und so viel wie notwendig und verhältnismäßig Freiheiten einzuschränken begreifen wir als Chance und Verantwortung von kommunaler Selbstverwaltung und Föderalismus.

## Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärken und Wohlstand schaffen

Um die Folgen der Krise zu bekämpfen und zu verhindern, dass das Leiden der Menschen durch Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste und soziale Unsicherheit vergrößert wird, müssen wir auch zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die Wirtschaft in unserem Land zu stärken. Während und nach der Krise. Die wirtschaftliche Genesung wird anspruchsvoller und langwieriger werden als die akute medizinische Bewältigung von Corona.

### Wir fordern die brandenburgische Landesregierung dazu auf:

- der außergewöhnlichen Situation auch mit einem ebenso zügigen wie passgenauen, ebenso unbürokratischen wie missbrauchssicheren Instrument Rechnung zu tragen: Steuerrückzahlungen durch das Finanzamt, die an Unternehmen und Selbstständige, die im letzten Jahr mit Steuern auf ihren Gewinn zur Finanzierung des Gemeinwesens geleistet haben und vor Corona wirtschaftlich gesund waren, können so zügig ohne langwierige Antrags- und Kreditprüfung Liquidität erhalten und am Jahresende Gewinne und Verluste spitz abgerechnet werden.
- sich für ein Aufholprogramm einzusetzen, das nach der Krise die wirtschaftliche Erholung erleichtert und dadurch möglichst viele Arbeitsplätze sichert und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erleichtert. Dazu braucht es in Bund und Land ein konsequentes Belastungsmoratorium: keine Steuererhöhungen, keine neue Bürokratie, keine neuen Umverteilungsprogramme zulasten der Bürgerinnen und Bürgern, von Selbständigen, Freiberuflern und Unternehmen. Im Landeshaushalt ist konsequent auf neue konsumtive Ausgaben, die nicht im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Krise und der Stabilisierung der Wirtschaft stehen, zu verzichten. Europäische Solidarität ist für uns eine Frage des Wie, nicht des Ob. Wir treten für gezielte Hilfe in einer Notsituation ein. Einer gesamtschuldnerischen Haftung über Eurobonds erteilen wir hingegen eine Absage: Handeln und Haften gehören zusammen.
- Stattdessen müssen Entlastungen vorgesehen werden, um die Erholung nach der Krise zu erleichtern. Dazu gehört insbesondere eine unbefristete degressive Abschreibung für alle beweglichen Wirtschaftsgüter, die vollständige und rückwirkende Abschaffung des Solidaritätszuschlages zum 1. Januar dieses Jahres und die Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtlich geforderte Mindestmaß. Hierzu sollte die Landesregierung im Bundesrat eine geeignete Initiative ergreifen.